

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in Württemberg

Wie im Rest des Reichs spaltete sich die württembergische Sozialdemokratie nicht zuletzt wegen ihrer Haltung zum Ersten Weltkrieg in eine Mehrheits- (MSPD) und eine Unabhängige Fraktion (USPD). Auch die württembergische MSPD war noch unmittelbar vor dem Ausbruch der Novemberrevolution im Gegensatz zur USPD nicht an einem Sturz der Monarchie interessiert, sondern trat für eine Parlamentarisierung der Regierung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung ein. Jedoch drohte die revolutionäre Agitation der USPD und insbesondere der Spartakisten, die das revolutionäre Aufbegehren radikalisieren wollten, die MSPD ins politische Abseits zu drängen. Als am 6. November 1918 der monarchische Staat diesem Druck nach- und den Weg zur Parlamentarisierung der Regierung freigab, kamen die Mehrheitssozialdemokraten nicht umhin, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine gemeinsame Regierung mit der USPD zu bilden, um ein von ihnen befürchtetes Rätssystem nach russischem Vorbild zu verhindern. Diese provisorische Regierung trat am 9. November ins Amt und wurde von Wilhelm Bloß (MSPD) und Arthur Crispien (USPD) geführt. Die provisorische Regierung wurde sowohl von der Mehrheit des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats, als auch vom württembergischen Militär unterstützt.

Bereits am 10. November 1918 wurde die Provisorische Regierung auf Betreiben Wilhelm Keils vom gemäßigt reformistischen Parteiflügel um Vertreter der drei bürgerlichen Parteien des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen erweitert, um ihr eine möglichst breite Basis in der Bevölkerung zu verschaffen. Damit war früher als im Rest des Reichs de facto die Entscheidung für eine parlamentarische Republik und gegen ein Rätssystem gefallen. Im Januar 1919 wurde die USPD schließlich ganz aus der Regierung herausgedrängt.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 12. Januar 1919 wurde die MSPD mit 34,4 Prozent der Stimmen stärkste Partei. Durch das schwache Abschneiden der USPD aber, die lediglich auf 3,1 Prozent kam, war sie auf die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien angewiesen. Damit begann der politische Abstieg der württembergischen Sozialdemokratie. Die MSPD wurden im Kampf gegen die radikale Linke geschwächt, die bürgerlichen Parteien dagegen gewannen immer mehr Einfluss. Die novemberrevolutionären Forderungen nach Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft wurden in der württembergischen Verfassung vom 25. September 1919 nur sehr begrenzt umgesetzt. Die Sozialdemokraten überließen darauf im

Sommer 1919 den bürgerlichen Parteien die Führung der Regierung, um für diese Politik nicht länger die Hauptverantwortung tragen zu müssen. Bei den Landtagswahlen vom 6. Juni 1920 erlitt die MSPD eine große Niederlage. Sie kam nur noch auf 16,1 Prozent der Stimmen. Große Gewinne dagegen gab es für die USPD, die 13,3 Prozent erhielt. Die MSPD ging in die Opposition und eine bürgerliche Regierung aus Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Zentrum wurde gebildet. An dieser beteiligte sich die MSPD zwar zwischen November 1921 und Anfang 1923 vorübergehend, konnte aber keine entscheidende politische Rolle mehr spielen.

Sie blieb in den restlichen 1920er Jahren in der Opposition und widmete sich der inneren organisatorischen Konsolidierung. Im Herbst 1922 vereinigte sie sich mit dem Rest der USPD, der nicht der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) beigetreten war. Die SPD konnte in den vielen ländlichen Regionen Württembergs in der Weimarer Zeit nicht Fuß fassen und in den Industrieregionen war die Konkurrenz der KPD stark. Im Landtag war sie machtlos und ab 1924 – bei den Landtagswahlen am 4. Mai erlangte sie erneut nur 16,0 Prozent der Stimmen – praktisch ohne Einfluss auf die Landespolitik.

Nach Oppositionsjahren erlebte die SPD bei Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 wieder einen Aufschwung und konnte 23,8 Prozent der Stimmen gewinnen. Im Gegensatz zum Reich gelang es ihr aber nicht, eine Große Koalition mit Zentrum, DDP und Deutscher Volkspartei (DVP) zu bilden. Vielmehr blieb die Regierung aus Bürgerpartei und Zentrum im Amt. Die SPD fuhr daraufhin einen harten Oppositionskurs, blieb aber weiterhin ohne maßgeblichen politischen Einfluss und wurde schließlich 1933 von den Nationalsozialisten (NSDAP) ausgeschaltet.

Beteiligung an Landesregierungen 1918-1933

Kabinett

Ministerposten

Kabinett Blos I (11. November 1918 bis 7. März 1919)	Ministerpräsident sowie Äußeres (Wilhelm Blos), Krieg (Immanuel Herrmann, ab 10. Januar 1919), Arbeit (Hugo Lindemann), Kultus (Berthold Heymann)
Kabinett Blos II (8. März 1919 bis 22. Juni 1920)	Ministerpräsident sowie Äußeres (Wilhelm Blos), Inneres (Hugo Lindemann, bis 1. November 1919; Berthold Heymann), Krieg (Immanuel Herrmann, bis Juni 1919), Kult (Berthold Heymann, bis 1. November 1919), Arbeit (Alexander Schlicke, bis Juli 1919; Theodor Leipart)

Kabinetts Hieber (23. Juni 1920 bis 8. April 1924) Arbeit und Ernährung (Wilhelm Keil, vom 7. November 1921 bis zum 2. Juni 1923)

Literatur:

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 113.

GREIFFENHAGEN, Sylvia, Die württembergischen Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik (1914-1933), in: SCHADT, Jörg / SCHMIERER, Wolfgang (Hg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3), Stuttgart u. a. 1979, S. 160-191.

SAUER, Paul, Württemberg in der Weimarer Republik, in: SCHWARZMAIER, Hansmartin / SCHAAB, Meinrad (Hg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918 (Veröffentlichung der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), Stuttgart 2003, S. 23-72, hier passim.

SCHECK, Manfred, Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1920 (Dissertationen zur neueren Geschichte 10), Köln 1981.

Empfohlene Zitierweise:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in Württemberg, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 19071, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/19071. Letzter Zugriff am: 03.05.2024.